

Kurzberichte

Der Bundeshaushalt 1961

Die von der Finanzpolitik angestrebte Konsolidierung des Staatsbudgets ist 1961 gelungen. Nach dem vorläufigen Gebarungserfolg konnte das formelle Defizit in der Gesamtgebarung dank ausgezeichneten Steuereinnahmen und konsequenter Einhaltung des Konsolidierungsprogramms vom Frühjahr 1961 auf 917 Mill. S gesenkt werden. Es war das geringste seit 1956 und um fast zwei Drittel niedriger, als im Bundesvoranschlag 1961 präliminiert worden war. Berücksichtigt man, daß im ordentlichen Haushalt 1.411 Mill. S für Schuldentilgungen verrechnet wurden, so war volkswirtschaftlich gesehen der Bundeshaushalt sogar leicht aktiv.

Mit dem Budget 1961 wurde der Schlußstrich unter ein finanzpolitisches Experiment gezogen, das 1958 aus konjunkturpolitischen Erwägungen begonnen wurde. Damals hatte die Finanzpolitik zwecks Bekämpfung der vom Weltmarkt übergreifenden Rezession ein für österreichische Verhältnisse ungewöhnlich hohes Budgetdefizit von 5,5 Mrd. S in Kauf genommen. Der Versuch, mit Hilfe einer antizyklischen Budgetpolitik die Konjunktur zu verstetigen, gelang jedoch nur teilweise. Obwohl die Konjunktur 1959 wieder anlief und 1960 bereits Engpässe auftraten, entstanden auch in diesen Jahren Budgetdefizite von 4,0 Mrd. S und 2,9 Mrd. S, die den ohnehin kräftigen Konjunkturauftrieb übersteigerten. Erst 1961 konnte, begünstigt durch außergewöhnliche Umstände, das Budget ins Gleichgewicht ge-

bracht werden. Eine Reservenbildung in der Hochkonjunktur mittels echter Budgetüberschüsse wird jedoch nach wie vor als politisch nicht realisierbar angesehen. Nachdem das Nahziel der Budgetpolitik — die Beseitigung des konjunkturwidrigen Budgetdefizits — erreicht ist, wird es künftig vor allem darauf ankommen, durch Strukturreformen den Staatshaushalt zu befähigen, wichtige Gemeinschaftsbedürfnisse in ausreichendem Umfang zu befriedigen und ein Minimum an konjunkturpolitischer Manövrierfähigkeit zu gewinnen.

Ob und wie weit diese längerfristigen Ziele schon 1962 verwirklicht werden können, läßt sich noch nicht beurteilen. Gegenwärtig ringt die Budgetpolitik noch damit, die 1961 erreichte Konsolidierung des Budgets zu sichern. Der Bundesvoranschlag 1962 enthält formell ein Gesamtdefizit von 1,9 Mrd. S. Die Finanzpolitik hofft zwar, durch Ausgabeneinsparungen und eventuell auch durch Mehreinnahmen das Defizit so weit verringern zu können, daß es dem für die Schuldentilgungen vorgesehenen Betrag (1,3 Mrd. S) entspricht, der Staatshaushalt also auch 1962 volkswirtschaftlich ausgeglichen sein wird. Die versprochene Steuersenkung, die verglichen mit 1961 viel schwächere Zunahme der Steuererträge und Betriebseinnahmen sowie zusätzliche Ausgabenwünsche der Interessengruppen machen es jedoch schwierig, dieses Ziel zu erreichen.

Der Bundeshaushalt 1960 bis 1962

	1960 Erfolg	Ausgaben		1960 Erfolg	Einnahmen		Überschuß (+), Abgang (—)		
		1961 vorläufiger Erfolg	1962 Bundes- voranschlag		1961 vorläufiger Erfolg	1962 Bundes- voranschlag	1960 Erfolg	1962 vorläufiger Erfolg	1962 Bundes- voranschlag
Ordentliche Gebarung									
Höchstverwaltung	29 582	34 017	38 213	30 890	36 485	39 095	+ 1 308	+ 2 468	+ 882
Monopole	625	629	656	987	1 045	1 069	+ 362	+ 416	+ 413
Betriebe	3 986	4 412	4 905	4 121	4 557	4 755	+ 135	+ 145	— 150
Bundesbahnen	7 346	7 513	8 273	5 616	6 339	6 612	— 1 730	— 1 174	— 1 661
ERP-Gebarung	556	430	489	542	458	489	— 14	+ 28	0
Zusammen	42 095	47 001	52 536	42 156	48 864	52 020	+ 61	+ 1 883	— 516
Außerordentliche Gebarung									
Bundesinvestitionsprogramm usw	2 935	2 800	1 360	—	—	—	— 2 935	— 2 800	— 1 360
ERP-Freigaben	138	40	—	138	40	—	0	0	—
Zusammen	3 073	2 840	1 360	138	40	—	— 2 935	— 2 800	— 1 360
Gesamterfolg	45 168	49 841	53 896	42 294	48 924	52 020	— 2 874	— 917	— 1 876
Anlehungsgebarung	1 016	—	—	4 225	—	—	+ 3 209	+ 1 260	—
Unwirksame Gebarung	789	—	—	534	—	—	— 255	—	—
Veränderung der Kassenbestände	—	—	—	—	—	—	+ 27	—	—

Ausgaben

Die Gesamtausgaben des Bundes waren 1961 mit 49 84 Mrd. S (davon 2 84 Mrd. S im a. o. Haushalt) um 4 67 Mrd. S oder 10% höher als im Jahre 1960 (ohne Durchlaufposten 9%). Den bedeutenden Mehrausgaben für Zuschüsse an die Sozialversicherung (+1 11 Mrd. S), Personalaufwand (+0 91 Mrd. S), Staatsschuld (+0 85 Mrd. S), Kinder- und Familienbeihilfen (+0 56 Mrd. S), Subventionen (+0 38 Mrd. S) sowie für Entschädigungsleistungen aus dem Titel des Staatsvertrages (+0 25 Mrd. S) stehen beträchtliche Einsparungen gegenüber. Investitionsförderung (−0 59 Mrd. S), Ablöselieferungen an die UdSSR (−0 31 Mrd. S), Erwerb von Vermögenswerten (−0 17 Mrd. S), Sachaufwand der Landesverteidigung (−0 11 Mrd. S).

Bundesausgaben

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (−)	1962 Bundes- vor- anschlag
	Mill. S			
I. Ordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung				
Personalaufwand für Aktive	6.061	6.521	+ 460	7.192
Pensionen	2.357	2.410	+ 53	2.623
Beihilfen, Renten und Unterstützungen	4.660	5.356	+ 696	5.991
Zuschüsse an Sozialversicherungsträger	2.321	3.434	+1 113	3.745
Subvention	1.652	2.033	+ 381	2.081
Staatsschuld (ohne ERP)	1.623	2.472	+ 849	2.616
Brutto-Invest. der ordentl. Gebarung	1.360	1.724	+ 364	2.336
Investitionsförd. d. ordentl. Gebarung	1.173	1.036	− 137	1.250
Instandhaltung und Reparaturen	466	450	− 16	477
Ablösezahlungen an die UdSSR	1.039	724	− 315	325
Sonstige Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages	704	951	+ 247	1.058
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand; s. o.)	1.356	1.249	− 107	1.398
Erwerb von Vermögenswerten	409	390	− 19	759
Laufende Transfers an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	513	485	− 28	549
Durchlaufposten (unechter Aufwand)	1.660	2.461	+ 801	2.798
Übriger Sachaufwand und sonstige Ressortausgaben (Restpost)	2.228	2.321	+ 93	3.015
Zusammen I	29 582	34 017	+ 4.435	38 213
II Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe				
Personalaufwand für Aktive	4.696	5.049	+ 353	5.424
Pensionen	2.719	2.765	+ 46	2.983
Betriebsaufwand (sachlicher)	2.962	3.274	+ 312	3.577
Instandhaltung	713	726	+ 13	765
Brutto-Investit. der ordentl. Gebarung	867	740	− 127	1.085
Zusammen II	11 957	12 554	+ 597	13.834
III Ordentliche ERP-Gebarung				
	556	430	− 126	489
IV Außerordentliche Gebarung				
Investitionen (einschl. Darlehen usw.)	2.935	2.800	− 135	1.360
A. o. ERP-Gebarung	138	40	− 98	
Zusammen IV	3.073	2.840	− 233	1.360
Ausgaben insgesamt (I–IV)	45 168	49 841	+ 4 673	53.896

Der Personalaufwand stieg um fast 6% auf 16 74 Mrd. S, da die Anfangsgehälter verbessert wurden und ab 1. Juli 1961 die erste Etappe der vereinbarten Bezugsregulierung (4% von insgesamt 9%) in Kraft trat. Vom Gesamtaufwand entfallen

11 57 Mrd. S auf Aktivbezüge und 5 17 Mrd. S auf Pensionen. Der Anteil der Aktivbezüge am Gesamtaufwand steigt seit Jahren. Aus historischen und politischen Gründen entfiel bisher besonders viel auf Pensionen. Der Anteil der Personalkosten an den ordentlichen Gesamtausgaben war mit 36% etwas niedriger als in den Vorjahren (1960 und 1959 je 38%).

Personalaufwand

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (−)	1962 Bundes- vor- anschlag
	Mill. S			
Löhne und Gehälter der Aktiven¹⁾				
Hoheitsverwaltung	6.061	6.521	+ 460	7.192
Monopole und Betriebe	4.696	5.049	+ 353	5.424
	10 757	11.570	+ 813	12.616
Pensionen				
Hoheitsverwaltung	2.357	2.410	+ 53	2.623
Monopole und Betriebe	2.719	2.765	+ 46	2.983
	5.076	5.175	+ 99	5.606
Insgesamt				
Hoheitsverwaltung	8.418	8.931	+ 513	9.815
Monopole und Betriebe	7.415	7.814	+ 399	8.407
	15.833	16.745	+ 912	18.222

¹⁾ Einschließlich Beihilfen und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, jedoch ohne die im Sachaufwand verrechneten Personalkosten.

Der Aufwand für *Beihilfen, Renten und Unterstützungen* (ohne Pensionen) stieg um 0 70 Mrd. S auf 5 36 Mrd. S, da vor allem die Kinder- und Familienbeihilfen ab 1. Juli 1961 um rund 20% erhöht und Säuglings- und Mütterbeihilfen eingeführt wurden. Auch die Kriegsopterfürsorge erforderte zusätzliche Mittel (+0 19 Mrd. S). Dagegen erreichten die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung mit 586 Mill. S (− 54 Mill. S) einen absoluten Tiefstand.

Die erste Etappe der Rentenreform wirkte sich 1961 bereits in einer beträchtlichen Erhöhung der *Bundeszuschüsse an die Sozialversicherungsträger* aus. Der Aufwand stieg um 1 11 Mrd. S auf 3 43 Mrd. S und wird in den kommenden Jahren weiter stark steigen, doch können die Kosten der gesamten Rentenreform (bis 1963) derzeit noch nicht voll überschauen werden.

Beihilfen, Renten und öffentliche Unterstützungen

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (−)	1962 Bundes- vor- anschlag
	Mill. S			
Kinder- und Familienbeihilfen	2.670	3.232	+ 562	3.704
Kriegsopterfürsorge	1.239	1.430	+ 191	1.370
Arbeitslosenunterstützungen	640	586	− 54	639
Opferfürsorge und Kleinrentner	91	88	− 3	93
Sonstiges	20	20	0	185
	4.660	5.356	+ 696	5.991

Für *Subventionen* mußten 2 03 Mrd. S aufgewendet werden, um 0 38 Mrd. S mehr als im Vor-

jahr. Vom Mehraufwand entfallen fast zwei Drittel auf die Milchpreisstützung, da die subventionierte Marktproduktion ohne Rücksicht auf die Absatzverhältnisse ständig zunimmt

Subventionen

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1962 Bundes- vor- anschlag
	Mill S			
Brotgetreidepreisstützung	541	529	- 12	610
Milchpreisstützung ¹⁾	798	1 026	+228	1 005
Sonstige Lebensmittelpreisstützungen	40	67	+ 27	23
Futtermittelpreisausgleich	50	128	+ 78	197
Düngemittelpreisausgleich	215	229	+ 14	228
Sonstige Stützungen	18	59	+ 41	18
Abzüglich Rückersätze	-10	-5	+ 5	
	1 652	2 033	+381	2 081

¹⁾ Einschließlich Zuschuß zum Defizit des Milchwirtschaftsfonds (1960: 175 Mill S, 1961: 210 Mill S, 1962: 210 Mill S)

Die Kosten der *Staatsschuld* erhöhten sich um 0 85 Mrd S auf 2 47 Mrd S, da vor allem Schatzscheine zusätzlich getilgt wurden (600 Mill S), um die Enge des erstarrten Geldmarktes zu überwinden. Vom Gesamtaufwand entfallen 1 01 Mrd S auf die Verzinsung und 1 41 Mrd S auf die Tilgung der Staatsschuld

Die Ausgaben des Bundes für *Investitionen und investitionsähnliche Zwecke* (Brutto-Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft) erreichten 6 79

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung des Bundes

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1962 Bundes- vor- anschlag
	Mill S			
I. Hoheitsverwaltung				
Straßen und Brücken	1 750	2 020	+ 270	1 824
Hochbauten	453	291	- 162	406
Wasserbau und sonstige Bauten	100	180	+ 80	181
Inventar, Maschinen, Fahrzeuge	257	274	+ 17	314
Brutto-Investitionen insgesamt	2 560	2 765	+ 205	2 725
Instandhaltung	466	450	- 16	477
II. Bundesbetriebe und Monopole				
Bundesbahn	1 121	953	- 168	1 303
Post	550	522	- 28	649
Sonstige	71	77	+ 6	69
Brutto-Investitionen insgesamt	1 742	1 552	- 190	2 021
Instandhaltung	713	726	+ 13	765
III. Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft				
Wohnungsbau	422	277	- 145	290
Land- und Forstwirtschaft	392	404	+ 12	491
Industrie, Gewerbe, Handel	542	293	- 249	250
Sonstige Darlehen und Zuschüsse	377	171	- 206	309
	1 733	1 145	- 588	1 250
Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung insgesamt	7 396	6 790	- 606	7 371
davon Brutto-Investitionen	4 302	4 317	+ 15	4 746
Instandhaltung ¹⁾	1 361	1 328	- 33	1 375
Investitionsförderung	1 733	1 145	- 588	1 250

¹⁾ Davon militärische Bauten 182, 152 bzw. 133 Mill. S.

Mrd S, um 0 61 Mrd S oder 8% weniger als im Jahre 1960. Da für eigene Brutto-Investitionen und für Instandhaltung nahezu die gleichen Beträge wie im Vorjahr ausgegeben wurden, konzentrieren sich die Einsparungen praktisch auf die Investitionsförderung, die einen der wenigen flexiblen Posten des Budgets darstellt. Freilich ergaben sich die Einsparungen zum Teil nur durch die Blockierung der ERP-Freigaben.

Da die außerbudgetär verrechneten *öffentlichen Wohnbaufonds* (WWF und BWSF) in der öffentlichen Investitionspolitik eine große Bedeutung haben, müssen auch sie in die Budgetanalyse einbezogen werden. Beiden Fonds standen 1 7 Mrd S (1960) und 2 0 Mrd S (1961), zusammen 3 7 Mrd S aus steuerähnlichen Beiträgen, Darlehensrückflüssen, Anleihen und Bundeszuschüssen zur Verfügung. Tatsächlich verbaut wurden in beiden Jahren je 1 5 Mrd S, zusammen 3 Mrd S.

Baufinanzierung des öffentlichen Wohnbaufonds

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1962 Schätzung
	Mill S			
I. Gewährte Baudarlehen				
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds (WWF)	980	910	- 70	1 000
Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (BWSF)	512	543	+ 31	600
Gefördertes Bauvolumen	1 492	1 453	- 39	1 600
II. Bedeckung				
Beiträge zum WWF	778	961	+ 183	1 030
Anleihen des WWF	-	200	+200	100
Wohnbauförderungsbeiträge (zum BWSF)	420	450	+ 30	470
Darlehensrückflüsse	166	180	+ 14	200
Bundeszuschüsse	301	200	-101	100
	1 665	1 991	+326	1 900

Einnahmen

Die Gesamteinnahmen des Bundes erreichten (1961) 48 92 Mrd S, um 6 63 Mrd S oder knapp 16% (ohne Durchlaufposten 14%) mehr als im Vorjahr. Da die Zuwachsrate bei den Einnahmen um 6% über jener des Sozialproduktes liegt, hat sich die Steuerbelastung erhöht. Die Ausgaben sind aber nur etwa gleich stark gewachsen wie das Sozialprodukt, so daß sich die Budgetlage entscheidend verbessert hat. Mit einer Fortsetzung dieser Entwicklungstendenz ist jedoch kaum zu rechnen. Die Mehreinnahmen stammen ganz überwiegend aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben.

An öffentlichen Abgaben gingen brutto 36 26 Mrd S (+5 48 Mrd S oder +18%) und netto (nach Abzug der Ertragsanteile) 24 24 Mrd S (+3 80 Mrd S oder +19%) ein. Die direkten Steuern erhöhten sich stärker (+22%) als die indirekten

(15%), weil vor allem die Unternehmersteuern — dem Steuerzyklus entsprechend — stark anzogen.

Unter den *direkten Steuern* mit insgesamt 14 83 Mrd. S stiegen die Erträge aus der veranlagten Einkommensteuer von 2 91 Mrd. S auf 3 68 Mrd. S, aus der Lohnsteuer von 2 61 Mrd. S auf 3 20 Mrd. S, aus der Körperschaftsteuer von 1 68 Mrd. S auf 2 13 Mrd. S und aus der Gewerbesteuer von 2 50 Mrd. S auf 2 96 Mrd. S. Die Veranlagung der günstigen Geschäftsjahre 1959 und 1960 hat sich 1961 bereits voll ausgewirkt. Dieser Trend dürfte, wenn auch abgeschwächt, noch einige Zeit anhalten.

Unter den *indirekten Steuern*, die infolge von Tarifierhöhungen (Mineralölsteuer, Tabak) und der Einführung neuer Steuern (z. B. Erbschaftsteuer-äquivalent, Bodenwertabgabe) entgegen langjährigen Erfahrungen stärker als das Sozialprodukt zunahm, erbrachte die *Umsatzsteuer* mit 9 47 Mrd. S wieder die weitaus höchsten Erträge (+0 90 Mrd. S oder +10%). Aber auch die Einnahmen aus Zöllen wachsen nach wie vor kräftig. Sie stiegen um 0 49 Mrd. S (+18%) auf 3 30 Mrd. S, auffallend stärker als die Importe (+5%, Fertigwaren allerdings 13%). An *Verbrauchssteuern* gingen mit 4 56 Mrd. S um 0 76 Mrd. S (+20%) mehr ein als im Vorjahr. Der Mehrbetrag ist großteils Tarifierhöhungen zu danken (Mineralölsteuer, Tabaksteuer).

Bundeseinnahmen

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1962 Bun- desvor- anschlag
	Mill S			
I. Laufende Einnahmen der Hoheitsverwaltung				
Steuern und Abgaben	20 438	24 236	+ 3 798	25 820
Steuerähnliche Einnahmen	4 651	5 272	+ 621	5 396
Laufende Beiträge anderer öffentlicher Körperschaften und Fonds	503	450	- 53	450
Überweisungen aus dem Ausland	135	50	- 85	772
Zinsen (ohne ERP)	224	256	+ 32	398
Darlehensrückflüsse (ohne ERP)	254	475	+ 221	174
Gewinnanteile und Vermögenserträge	764	698	- 66	912
Veräußerungserlöse	585	590	+ 5	573
Pensionsbeiträge der Beamten	190	199	+ 9	203
Durchlaufposten (unechte Erträge)	1 660	2 461	+ 801	2 798
Laufende Ressort-einnahmen und Sonstiges (Restpost)	1 486	1 798	+ 312	1 599
Zusammen I	30 890	36 485	+ 5 595	39 095
II. Einnahmen der Monopole und Bundesbetriebe				
Monopole	987	1 045	+ 58	1 069
Post	3 301	3 606	+ 305	3 872
Bundesbahnen	5 616	6 339	+ 723	6 612
Sonstige Betriebe	820	951	+ 131	883
Zusammen II	10 724	11 941	+ 1 217	12 436
III. Ordentliche ERP-Gebahrung				
ERP-Darlehensrückflüsse	337	307	- 30	363
ERP-Zinsen	122	124	+ 2	106
ERP-Freigaben in der ordentlichen Gebahrung	83	27	- 56	20
Zusammen III	542	458	- 84	489
IV. Außerordentliche Gebahrung ERP-Freigaben				
	138	40	- 98	.
Einnahmen insgesamt (I—IV)	42 294	48 924	+ 6 630	52 020

Der Ertrag an *Gebühren- und Verkehrssteuern* erhöhte sich um 0 65 Mrd. S (+19%) auf 4 11 Mrd. S. Der relativ hohe Zuwachs ist zum Teil auf neue Abgaben zurückzuführen (Erbschaftsteuer-äquivalent, Bodenwertabgabe).

An steuerähnlichen Einnahmen, die hauptsächlich von der Lohnsumme eingehoben werden, gingen mit 5 27 Mrd. S um 13% (0 62 Mrd. S) mehr ein als 1960.

Von den *sonstigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung sind außer den Kostenersätzen nur die Vermögenserträge und die Veräußerungserlöse von besonderer Bedeutung. Die Vermögenserträge (ohne Zinsen), die sich insbesondere aus Gewinnanteilen des Bundes an der Nationalbank (170 Mill. S) und an den verstaatlichten Banken und Unternehmungen (239 Mill. S) sowie aus Montangebühren

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1962 Bundes- voran- schlag
	Mill S			
A. Steuern				
1 Direkte Steuern				
Einkommensteuer	2 908	3 679	+ 771	3 600
Lohnsteuer	2 614	3 196	+ 582	3 600
Körperschaftsteuer	1 676	2 135	+ 459	2 100
Vermögenssteuer	523	539	+ 16	675
Gewerbesteuer	2 502	2 965	+ 463	3 150
Beiträge zum WWF	778	961	+ 183	988
Beiträge für die Länder zur Wohnbau- förderung	363	454	+ 91	469
Beiträge für den Familienbeihilfen- Ausgleichsfonds	218	273	+ 55	281
Wohnbauförderungsbeitrag (BWSF)	420	450	+ 30	435
Sonstige direkte Steuern	160	177	+ 17	199
Zusammen (1)	12 162	14 829	+ 2 667	15 497
2 Indirekte Steuern				
Umsatzsteuer	8 568	9 472	+ 904	10 800
Zölle	2 803	3 297	+ 494	3 700
Tabaksteuer	1 616	1 801	+ 185	1 800
Mineralölsteuer	1 720	2 246	+ 526	2 250
Biersteuer	359	388	+ 29	360
Weinsteuer u. Branntweinaufschlag usw	104	123	+ 19	96
Rechnungsstempel	1 469	1 624	+ 155	1 800
Beförderungsteuer	371	450	+ 79	480
Gründerwerbsteuer	334	345	+ 11	360
Versicherungsteuer	188	213	+ 25	220
Kraftfahrzeugsteuer	181	206	+ 25	210
Sonstige Gebühren u. Verkehrssteuern	907	1 270	+ 363	1 305
Zusammen (2)	18 620	21 435	+ 2 815	23 381
Öffentliche Abgaben brutto	30 782	36 264	+ 5 482	38 878
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	10 344	12 028	+ 1 684	13 058
Öffentliche Abgaben netto (A)	20 438	24 236	+ 3 798	25 820
B. Steuerähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	1 217	1 317	+ 100	1 296
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbei- hilfen-Ausgleichsfonds	2 715	3 068	+ 353	3 240
Beiträge zum Familienbeihilfen-Aus- gleichsfonds	286	341	+ 55	353
Sonderbeitr. gem § 12 Wohnungsbei- hilfengesetz	282	325	+ 43	305
Einnahmen der Preisausgleichsfonds	134	199	+ 65	185
Sonstige	17	22	+ 5	17
Zusammen (B)	4 651	5 272	+ 621	5 396
Steuern und steuerähnliche Einnahmen des Bundes insgesamt (A + B)				
	25 089	29 508	+ 4 419	31 216

(Förderzins 217 Mill. S) zusammensetzen, lagen mit 0,70 Mrd. S etwas unter dem Ergebnis des Vorjahres. Dagegen blieben die Veräußerungserlöse mit 0,59 Mrd. S nahezu unverändert.

Die Einnahmen der *Betriebe und Monopole* stiegen 1961 um 1,22 Mrd. S (+11%) auf 11,94 Mrd. S. Die Mehreinnahme ist überwiegend auf Tarifierhöhungen der Bundesbahnen zurückzuführen, doch trugen auch echte Leistungssteigerungen, vor allem die der Post, dazu bei, die Gebarung zu bessern.

Das gesamte Netto-Defizit der Betriebe und Monopole sank von neuem beträchtlich, und zwar von 1,233 Mill. S auf 613 Mill. S. Diese günstige Entwicklung trug viel zur Entlastung des Bundeshaushaltes bei. Diese Tendenz wird sich allerdings 1962 umkehren.

Die ERP-Gebarung verliert infolge der aus politischen Gründen stockenden ERP-Freigaben im Bundeshaushalt zunehmend an Bedeutung.

Ausblick

Der Bundesvoranschlag 1962 rechnet mit Gesamtausgaben von 53,9 Mrd. S, das ist nominell um 8% mehr, als 1961 tatsächlich ausgegeben wurde; real allerdings weniger, weil die Preise erheblich gestiegen sind.

Die Steuerung wäre somit niedriger als im Vorjahr, vorausgesetzt, daß der Ausgabenrahmen rigoros eingehalten wird. Diese Annahme kann sich als begründet erweisen, da 1961 im Gegensatz zu früheren Jahren, die (um die Durchläufer) bereinigten Gesamtausgaben des Voranschlages tatsächlich nur um 1,1 Mrd. S, das heißt um kaum mehr als 2%, überschritten wurden, obwohl nach der Budgeterstellung noch zusätzliche Ausgaben anfielen (Subventionen, Kinderbeihilfen, zusätzliche Schuldentilgung usw.). Freilich ist auch die geplante Ausgabensteigerung noch immer höher als das zu erwartende Wachstum des Sozialproduktes.

Die mit 52,0 Mrd. S veranschlagten Einnahmen liegen nur um etwa 6% über den effektiven Eingängen des Vorjahres und halten sich damit etwa im Rahmen des voraussichtlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Diese Schätzung ist weder optimistisch noch zu vorsichtig, da der hohe echte Einnahmewachstum des Vorjahres (14%) zum Teil auf Ursachen beruhte, die 1962 nicht mehr wirksam sind. Vor allem entfällt der Effekt der Steuer- und Tarifierhöhungen von 1961. Außerdem läßt das wirtschaftliche Wachstum spürbar nach und schließ-

lich wird die geplante Steuerenkung noch heuer die Steuererträge mindern. Der beabsichtigte Abbau des Defizits von 0,5 Mrd. S in der ordentlichen Gebarung wird allein ein zusätzliches Prozent an Einnahmenssteigerung erfordern. Mit weiteren Mehreinnahmen kann realistischer Weise kaum noch gerechnet werden. Auf Grund der abschätzbaren Ausgaben- und Einnahmenentwicklung kann jedenfalls jetzt schon angenommen werden, daß der geplante Defizitabbau im Jahre 1962 weitaus schwieriger sein wird als im Vorjahr.

Stand der Finanzschulden des Bundes

	1959		1960		1961	
	Stand	Veränderung	Stand	Veränderung	Stand	Veränderung
	Mill. S					
I. Auslandsschuld						
davon						
a) Titrierte Schuld	1 315	- 124	1 774	+ 459	2 716	+ 942
b) Nicht titrierte Schuld	945	- 60	554	- 391	502	- 52
Summe I	2 260	- 184	2 328	+ 68	3 218	+ 890
II. Inlandsschuld						
1. Fundierte Schuld	10 604	+ 3 377	12 008	+ 1 404	11 738	- 270
davon						
a) Titrierte Schuld	6 980	+ 2 655	8 164	+ 1 184	8 435	+ 271
b) Nicht titrierte Schuld	3 624	+ 722	3 844	+ 220	3 303	- 541
2. Schwebende Schuld ¹⁾	6 920	+ 959	7 978	+ 1 058	7 392	- 586
Summe II	17 524	+ 4 356	19 986	+ 2 462	19 130	- 856
Gesamte Bundesschuld	19 784	+ 4 152	22 314	+ 2 530	22 348	+ 34
davon						
Kurzfristig ²⁾	8 198	+ 841	9 367	+ 1 169	8 404	- 963
Langfristig ³⁾	11 586	+ 3 311	12 947	+ 1 361	13 944	+ 997

¹⁾ Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr (Bundesschatzscheine) — ²⁾ Laufzeit bis einschließlich 5 Jahre — ³⁾ Laufzeit länger als 5 Jahre.

Die Bundesschuld

Das erste Mal seit 1957 hat sich die Staatsschuld nicht mehr erhöht. Dank dem Budgetausgleich 1961 konnte der Stand der Finanzschulden des Bundes zum 31. Dezember 1961 mit 22,348 Mill. S nahezu auf dem gleichen Stand des Vorjahres gehalten werden (31. Dezember 1960 22,314 Mill. S). Der Wandel in der Budgetpolitik kommt darin deutlich zum Ausdruck.

Gemessen am Sozialprodukt hat sich das relative Gewicht der Bundesschuld sogar von 15% auf 14% verringert. In den Jahren 1950 und 1937 war es mit 22% und 39% bedeutend größer.

Die *laufenden Kosten* der Bundesschuld (Tilgung und Verzinsung), die für die Beurteilung der effektiven Schuldenlast wichtiger sind als die absolute Schuldenhöhe, sind jedoch in den letzten Jahren fühlbar gestiegen. Sie erreichten in den Jahren 1960 und 1961 bereits 1,62 Mrd. S und 2,47 Mrd. S, das sind 1,1% und 1,5% des Sozialproduktes (1937: 2,0%). Die durchschnittliche Verzinsung der Staatsschuld betrug in den Vergleichsjahren (1937, 1960 und 1961) 3,7%, 4,5% und 4,5%.

Der Kreditmarkt im Jahre 1961

Die Liquiditätsüberschüsse des Kreditapparates aus der Rezessionsperiode 1958/59 waren bereits 1960 abgebaut worden. Anfang 1961 konnten die Kreditkontrollabkommen und die Mindestreservenabkommen nicht mehr von allen Instituten erfüllt werden. Trotz der schmalen Liquidität und obwohl der Zufluß von Geldkapital zu den Kreditunternehmen 1961 um 177 Mill. S geringer war als ein Jahr vorher, erhielt die Wirtschaft 8 219 Mill. S zusätzliche kommerzielle Kredite (kommerzielles Kreditvolumen ohne Kredite an öffentliche Körperschaften), mehr als in irgend einem Jahr zuvor (1960 6 576 Mill. S). Dieses Ergebnis konnte aber nur erzielt werden, weil die Kreditunternehmen alle Mittel — auf Kosten der anderen Anlagen — auf Wirtschaftskredite konzentrierten. Die kommerziellen Kredite an öffentliche Körperschaften und die Schatzscheinkredite, die 1960 um 1 121 und 1 028 Mill. S zugenommen hatten, sanken 1961 um 712 und 856 Mill. S; die Wertpapierkäufe fielen von 772 auf 148 Mill. S. Insgesamt waren die zusätzlichen Geldanlagen des Kreditapparates (kommerzielle Kredite, Wertpapiere, Schatzscheine) 1961 mit 6 799 Mill. S um 2 698 Mill. S geringer als 1960

Anlagen der Kreditunternehmen

	1959		1960		1961	
	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%
Kredite an die Wirtschaft	+4 565	50,9	+6 576	66,9	+8 219	118,3
Zwischenbankkredite	+ 133	1,5	+ 334	3,4	+ 150	2,2
Kredite an öffentl. Körperschaften	+1 030	11,5	+1 121	11,4	- 712	-10,3
Bundesschatzscheine	+1 105	12,3	+1 028	10,5	- 856	-12,3
Wertpapiere	+2 140	23,8	+ 772	7,8	+ 148	2,1
Insgesamt	+8 973	100,0	+9 831	100,0	+6 949	100,0

Besonders die Anlagenstruktur der Banken hat sich merklich verschoben: Die Kredite an die Wirtschaft stiegen 1961 um 3 840 Mill. S (24%) mehr als doppelt so stark wie im Vorjahr (1 855 Mill. S, 13%), wogegen die anderen Geldanlagen (Kredite an öffentliche Körperschaften, Käufe von Wertpapieren und Schatzscheinen) um zusammen 1 534 Mill. S abnahmen (1960 Zunahme um 1 251 Mill. S). Noch stärker als die Banken haben nur die Sonderkreditunternehmen ihre Wirtschaftskredite ausgeweitet (31%). Alle anderen Gruppen von Kreditunternehmen gewährten weniger Wirtschaftskredite als im Vorjahr

Die Gründe für die Umschichtung vom Staatskredit zum Wirtschaftskredit liegen sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite: Die Wirtschaft fragte viel mehr Kredite nach als 1960, weil sie mehr investierte, obwohl die Nettoerträge infolge steigender Lohnkosten und höherer Steuerzahlungen zurückgingen. Außerdem mußten 1961 per Saldo 515 Mill. S ERP-Kredite zurückgezahlt werden, gegen nur 49 Mill. S im Jahre 1960. Die Kreditnachfrage des Staates war dagegen geringer, weil es die kräftig steigenden Staatseinnahmen (+15,7%) der Finanzpolitik ermöglichten, das konjunkturwidrige Budgetdefizit abzubauen. Gleichzeitig bemühten sich auch die Kreditunternehmen, den Staatskredit möglichst einzuschränken, um Mittel für das Kreditgeschäft mit Wirtschaftsunternehmen freizubekommen.

Ausweitung der Kredite an die Wirtschaft¹⁾

	1959		1960		1961	
	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%
Banken	819	6,1	1 855	13,1	3 840	24,0
Sparkassen	1 638	23,4	2 207	25,6	2 004	18,5
Landes-Hypothekenanstalten	334	18,5	513	24,0	499	18,8
Ländliche Kreditgenossenschaften	1 163	29,8	924	18,2	889	14,8
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	334	15,0	541	21,1	440	14,2
Sonderkreditunternehmen	277	29,7	536	44,3	547	31,3
Insgesamt	4 565	15,6	6 576	19,5	8 219	20,4

¹⁾ Kommerzielles Kreditvolumen ohne Zwischenbankkredite und Kredite an öffentliche Körperschaften

Die Erfahrungen im Jahre 1961 zeigen somit, daß monetäre Restriktionsmaßnahmen in erster Linie nicht die Wirtschaftskredite, sondern die anderen Anlagen der Kreditunternehmen treffen. Allerdings dürfte trotz der starken Ausweitung das Angebot an Wirtschaftskrediten mit der Nachfrage nicht Schritt gehalten haben. Dafür spricht vor allem der Rückgang der *nicht ausgenutzten Kreditzusagen*. Wenn man annimmt, daß die Kreditzusagen im allgemeinen nur an Wirtschaftsunternehmen, nicht aber an öffentliche Körperschaften und an andere Banken gewährt werden, gehen über 11% der Ausweitung der Wirtschaftskredite (915 Mill. S) auf die Ausnutzung von Kreditzusagen zurück, die schon früher gegeben wurden. Die nicht ausgenutzten Kreditzusagen sanken seit dem Vorjahr um 11%, obwohl die Wirtschaftskredite im gleichen Zeitraum um mehr als 20% ausgeweitet wurden. Sie betragen Ende 1961 12,7% der Summe von aushaftenden

Kredit und nicht ausgenutzten Kreditzusagen. Ende Dezember 1960 hatten sie noch 15,6% dieser Summe betragen.

Ferner kam es auch innerhalb der kommerziellen Kredite zu Umschichtungen, die zumindest teilweise auf das verhältnismäßig knappe Kreditangebot zurückgehen. Die Industriekredite nahmen mit 2.417 Mill. S wie im Vorjahr am stärksten zu. Ihre relative Zunahme von 21% war größer als die durchschnittliche Zunahme aller Kredite, während sie 1960 mit 16% schwächer war. Der Anteil der Industriekredite an den gesamten kommerziellen Kreditgewährungen (einschl. Kredite an öffentliche Körperschaften und Zwischenbankkredite) stieg von 20% auf 32%, obwohl ihr Anteil am aushaftenden Kreditvolumen nur etwa 27% beträgt. Die starke Ausweitung der Industriekredite dürfte vor allem darauf zurückgehen, daß vor allem die Banken die Kreditwünsche dieser besonders guten und traditionellen Kunden auf jeden Fall zu befriedigen suchen und dafür andere Anlagen einschränken. Gegenüber dem Vorjahr hat sich daher der Zuwachs an Industriekrediten der Banken fast verdoppelt, der Anteil der Banken an den zusätzlichen Industriekrediten stieg von 60% auf 76%.

Die vierteljährliche Kreditstatistik der Nationalbank gliedert die Industriekredite der Banken, Sparkassen, Hypothekenanstalten und gewerblichen Kreditgenossenschaften (ohne ländliche Kreditgenossenschaften und Sonderkreditunternehmungen) nach Branchen auf. Nach dieser Statistik sind die Kredite in den Branchen, die eindeutig den Investitionsgüterindustrien (einschließlich Vorlieferanten) zugerechnet werden können (Bergbau, Hüttenwerke, Maschinen-, Stahl- und Eisenbau, Baustoffe und Sägewerke) 1961 um 739 Mill. S gestiegen, um 80% stärker als im Vorjahr. Die Konsumgüterindustrien (Leder, Textil, Bekleidung, Nahrungs- und Genussmittel) nahmen 318 Mill. S (+36%) und die Zweige, die keiner der beiden Gruppen eindeutig angehören (Fahrzeugbau, Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren, Elektrotechnik, Glas, Porzellan, Holzverarbeitung, Chemie und Papier), 1.281 Mill. S zusätzliche Kredite auf (+58%). Der Anteil der Investitionsgüterindustrie an den zusätzlichen Krediten stieg von 28% auf 31%, der der Konsumgüterindustrien hingegen sank von 16% auf 13%, während die Restgruppe ihren Anteil von 56% hielt.

Außer den Industriekrediten wurden auch die Kredite für Wohnbau und Hausreparaturen 1961 mit 25% stärker ausgeweitet als im Vorjahr (21%);

vor allem die Sparkassen stellten viel mehr Mittel zur Verfügung.

Kreditausweitung nach Kreditnehmern

	1960		1961	
	Mill S	%	Mill S	%
Land- und Forstwirtschaft	593	7,4	498	6,5
Industrie	1.585	19,7	2.417	31,6
Gewerbe	799	9,9	709	9,3
Handel	1.367	17,0	1.209	15,8
Verkehr	271	3,4	208	2,7
Fremdenverkehr	210	2,6	369	4,8
Wohnbau und Hausreparaturen	1.133	14,1	1.573	20,5
Freie Berufe und unselbstständig Erwerbstätige	172	2,1	206	2,7
Sonstige Kreditnehmer	446	5,6	1.030	13,4
Zwischenbankkredite	334	4,2	150	2,0
Öffentliche Körperschaften	1.121	14,0	-712	-9,3
Insgesamt	8.031	100,0	7.657	100,0

Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verkehr erhielten insgesamt weniger zusätzliche Kredite als im Jahr vorher. Der Landwirtschaftskredit wurde zwar von den Landeshypothekenanstalten und den ländlichen Kreditgenossenschaften stärker gepflegt, von den anderen Kreditunternehmungen aber eingeschränkt. Insgesamt entfielen auf die Landwirtschaft 6,5% der gesamten Kreditgewährungen, gegen 7,4% im Jahre 1960. Der Anteil der Handelskredite an den zusätzlichen Krediten sank von 17% auf 16%, weil alle Kreditunternehmungen außer den Banken weniger Handelskredite vergaben als im Vorjahr. Aus demselben Grund fiel auch der Anteil der Verkehrskredite geringfügig.

Überraschend entwickelten sich die Gewerbe-kredite. Nach den bisherigen Erfahrungen wurden sie besonders von den Banken in Zeiten knapper Liquidität eingeschränkt¹⁾ 1961 dagegen gewährten die Banken 1 1/2mal so viel und die ländlichen Kreditgenossenschaften um die Hälfte mehr Gewerbe-kredite als 1960. Allerdings vergaben alle anderen Kreditunternehmungen weniger Gewerbe-kredite als 1960, so daß der Anteil des Gewerbes an den kommerziellen Krediten (einschließlich Kredite an öffentliche Körperschaften und Zwischenbankkredite) demnach von 10% auf 9% sank. Die geringere Zunahme bei den im Gewerbe-kredit führenden Sparkassen und gewerblichen Kreditgenossenschaften könnte im Verein mit Meldungen aus dem Sparkassenbereich darauf hindeuten, daß kleinere und mittlere Gewerbebetriebe, die die Hauptkunden dieser Kreditunternehmungen sind, wenig Kredit nachfragten. Die Banken und ländlichen Kreditgenos-

¹⁾ „Kommerzielle Kredite an die Kleingewerbliche Wirtschaft“, Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 1961, Heft 10, S. 426.

senschaften betreuen meist Großbetriebe des produzierenden und des Baugewerbes sowie der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten. Die Kreditwünsche dieser Großbetriebe dürften ähnlich wie die der Industrie bevorzugt befriedigt werden.

Da die traditionellen und gleichzeitig meist bedeutendsten Kreditnehmer leichter Kredite erhielten als Außenseiter, war eine deutliche Konzentration im Kreditgeschäft der einzelnen Kreditinstitutsgruppen zu beobachten. Der Anteil der Industriekredite an den zusätzlichen Krediten der Banken stieg von 36% auf 61% und der der Handelskredite von 21% auf 37%; Handels- und Industriekredite zusammen machten 98% der gesamten kommerziellen Kreditgewährungen der Banken (einschl. der Kredite an öffentliche Körperschaften und Zwischenbankkredite) aus, gegen 57% im Vorjahr. Bei den Sparkassen stieg der Anteil der Kredite an den Wohnbau von 19% auf 38%; die Landeshypothekenanstalten und die ländlichen Kreditgenossenschaften vergrößerten den Anteil der Landwirtschaftskredite von 25% auf 30% und von 19% auf 22%. Die Tatsache, daß bei Liquiditätsschwierigkeiten die traditionellen Kreditnehmer bevorzugt werden, zeigt, daß die einzelnen Gruppen von Kreditunternehmungen trotz des Trends zur Universalbank doch verhältnismäßig stark voneinander abgegrenzte Tätigkeitsbereiche haben.

Die Kreditknappheit ließ die Kreditunternehmungen nicht nur ihre traditionellen Kunden bevorzugen, sondern sie legten auch auf die „Besicherung“ der Kredite größeren Wert. Daher stiegen die Hypothekarkredite, die nach Ansicht der Kreditunternehmungen die größte Sicherheit bieten, mit 20% am stärksten, die Kontokorrentkredite stiegen um 17% und die Wechselkredite (einschließlich Reeskonte) um etwa 13%. Verglichen mit dem Vorjahr war die absolute Zunahme der Hypothekarkredite um 10% und der Wechselkredite um 5% größer; die sonstigen Kredite wuchsen dagegen um 10% schwächer.

Die geringe Zunahme der Kontokorrentkredite kann nicht aus der Abnahme der Kredite an öffentliche Körperschaften erklärt werden. Die Banken, bei denen die Kredite an öffentliche Körperschaften mit 852 Mill. S am stärksten abnahmen, waren die einzige Institutsgruppe, bei der die Kontokorrentkredite stärker stiegen als im Vorjahr.

Die Aufgliederung der Kredite nach der Laufzeit zeigt, wie die Liquiditätsenge erwarten ließ, einen schwachen Trend zum kurzfristigen Kredit. Die Kredite bis zu einem Jahr erhöhten ihren Anteil an den neuen Krediten von 44% auf 47% und die

Kreditausweitung nach Kreditarten und Institutsgruppen

	Wechselkredite		Hypothekarkredite		Sonstige Kredite		Kommerz. Kreditvolumen	
	1960	1961	1960	1961	1960	1961	1960	1961
	Mill. S							
Banken	+ 545	+ 432	+ 190	+ 242	+ 1 599	+ 1 967	+ 2 553	+ 2 988
Sparkassen	+ 114	+ 60	+ 868	+ 901	+ 1 524	+ 1 011	+ 2 504	+ 2 034
Landeshypothekenanstalten	+ 2	+ 3	+ 552	+ 590	+ 33	+ 10	+ 587	+ 603
Ländl. Kreditgenossenschaften	+ 51	+ 114	+ 60	+ 79	+ 818	+ 733	+ 967	+ 888
Gewerbl. Kreditgenossenschaften	+ 8	+ 52	+ 21	+ 17	+ 522	+ 376	+ 551	+ 447
Sonderkreditunternehmungen	+ 18	+ 5	+ 400	+ 469	+ 117	+ 73	+ 535	+ 547
Insgesamt	+ 738	+ 666	+ 2 091	+ 2 298	+ 4 613	+ 4 170	+ 7 697	+ 7 507

mittelfristigen Kredite von ein bis fünf Jahren von 10% auf 13%, wogegen der Anteil der über fünfjährigen Kredite von 46% auf 40% fiel. Die Entwicklung war aber nach Institutsgruppen sehr verschieden. Der Anteil der kurzfristigen Kredite stieg nur bei den Sparkassen, der der mittelfristigen nur bei den Banken. Bei den anderen Kreditunternehmungen hat die durchschnittliche Laufzeit der Kredite sogar zugenommen. Allerdings sind die Zahlen wegen der Umstellung der Kreditstatistik nicht streng vergleichbar. 1960 sind die Zwischenbankkredite enthalten, 1961 aber ausgeschaltet. Da anzunehmen ist, daß die Zwischenbankkredite im allgemeinen weniger als ein Jahr laufen, ist der Trend zum kurzfristigen Kredit stärker, als die Statistik vermuten läßt.

Laufzeit der zusätzlichen Kredite¹⁾

Laufzeit	1960		1961	
	Mill. S	%	Mill. S	%
Bis 12 Monate	3 571	44,5	2 963	47,3
Über 12 Monate bis 5 Jahre	763	9,5	829	13,2
Über 5 Jahre	3.697	46,0	2.479	39,5
Insgesamt	8 031	100,0	6 271	100,0

¹⁾ Aus statistischen Gründen 1960 einschließlich 1961 ohne Zwischenbankkredite und daher nur beschränkt vergleichbar.

Die starke Zunahme der Industrie- und der Wohnbaukredite ließ die durchschnittliche Kredithöhe etwas steigen. Nur 28% der zusätzlichen Kredite lauteten auf weniger als 300.000 S (1960 30%), obwohl ihr Anteil an den gesamten aushaftenden Krediten 34% ausmacht; die mittleren Kredite (300.000 S bis 1.000.000 S) dagegen vergrößerten ihren Anteil von 14% auf 16%, obwohl sie an den

Höhe der zusätzlichen Kredite¹⁾

Kredithöhe	1960		1961	
	Mill. S	%	Mill. S	%
Bis 300.000 S	2 423	30,2	1 784	28,4
Über 300.000 S bis 1 Mill. S	1 118	13,9	988	15,8
Über 1 Mill. S	4 490	55,9	3 499	55,8
Insgesamt	8 031	100,0	6 271	100,0

¹⁾ Aus statistischen Gründen 1960 einschließlich 1961 ohne Zwischenbankkredite und daher nur beschränkt vergleichbar.

aushaftenden Krediten nur mit 12% beteiligt sind. Der Anteil der Großkredite blieb mit 56% gleich hoch wie im Vorjahr und weiterhin über ihrem Anteil an den Gesamtkrediten von 54%. Bei den Banken allerdings zeigt sich insoferne eine gegenläufige Bewegung, als nicht nur mehr kleine und mittlere Kredite gewährt wurden als im Vorjahr, sondern auch viel mehr (+44%), als dem Anteil dieser Kre-

dite am gesamten Kreditvolumen der Banken (18%) entspricht.

Tatsächlich ist der Trend zum höheren Kredit noch viel stärker, weil auch hier — wie bei der Aufgliederung nach der Laufzeit — die Zwischenbankkredite, die wahrscheinlich überdurchschnittlich hoch sind, zwar 1960, nicht aber 1961 berücksichtigt sind.

Entwicklung der Beschäftigung von 1958 bis 1961

Das Institut hat in zwei Aufsätzen¹⁾ die Entwicklung der Beschäftigung von 1951 bis 1958 untersucht. Die vorliegende Arbeit setzt diese Untersuchungen für die drei Jahre bis 1961 fort.

Die Zahl der Berufstätigen in Österreich hat sich seit 1951 kaum verändert. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung (1961) ist sie nur um rund 20.000 höher als vor zehn Jahren. Das gesamte Arbeitskräftepotential blieb somit fast gleich. Seine Zusammensetzung ändert sich jedoch ständig. Die wirtschaftliche Dynamik zieht einen Wandel der Berufe und der sozialen Stellung der Berufstätigen nach sich.

Der Vergleich der letzten beiden Volkszählungen zeigt, wie zu erwarten war, eine weitere Umschichtung von selbständiger zu unselbständiger Ar-

beit. Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen nahm stark ab, die der Unselbständigen hingegen stieg. Diese Tendenz läßt sich schon seit der Volkszählung 1934 feststellen. Genauere Untersuchungen in dieser Richtung können aber erst vorgenommen werden, wenn die genauen und vollständigen Ergebnisse der Volkszählung 1961 vorliegen.

Umschichtungen unter den Arbeitnehmern

Die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen nimmt nicht nur langfristig zu, sondern läßt auch bestimmte Entwicklungstendenzen erkennen. Darüber geben die Grundzählungen des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger Auskunft, in denen die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen gegliedert nach Betriebsklassen zweimal jährlich (1. Februar und 1. August) erfaßt wird. Für längerfristige Untersuchungen, insbesondere

Die Beschäftigten am 1. August 1961

Wirtschaftszweig	Arbeiter		Angestellte ¹⁾		Männer	Insgesamt		%
	Stand	%	Stand	%		Frauen	Männer u. Frauen zusammen	
A. Urproduktion	153 804	10 1	15 858	1 9	112 298	57 364	169 662	7 2
Land- und Forstwirtschaft	121 173	8 0	9 668	1 2	76 261	54 580	130 841	5 6
Bergbau	32 631	2 2	6 190	0 7	36 037	2 784	38 821	1 6
B. Kraftanlagen	15 895	1 0	8 889	1 1	21 507	3 277	24 784	1 1
C. Verarbeitende Gewerbe und Industrien	965 528	63 7	184 758	22 0	817 101	333 185	1,150 286	48 9
Stein-, Ton- und Glasindustrie	53 138	3 5	7 081	0 8	46 943	13 276	60 219	2 6
Baugewerbe	197 789	13 0	23 490	2 8	208 248	13 031	221 279	9 4
Eisen- und Metallindustrie	303 601	20 0	72 509	8 6	294 394	81 716	376 110	16 0
Holzindustrie	76 611	5 1	7 461	0 9	69 126	14 946	84 072	3 6
Lederindustrie	8 114	0 5	1 315	0 2	4 827	4 602	9 429	0 4
Textilindustrie	76 233	5 0	13 289	1 6	29 245	60 277	89 522	3 8
Bekleidungsindustrie	71 293	4 7	8 491	1 0	18 722	61 062	79 784	3 4
Papierindustrie	31 047	2 0	4 843	0 6	23 638	12 252	35 890	1 5
Graphische Industrie	20 773	1 4	5 188	0 6	16 040	9 921	25 961	1 1
Chemische Industrie	40 325	2 7	17 419	2 1	36 764	20 980	57 744	2 5
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	86 604	5 7	23 672	2 8	69 154	41 122	110 276	4 7
D. Dienstleistungen	264 800	17 5	365 001	43 5	331 393	298 408	629 801	26 8
Hotel-, Gast- und Schankgewerbe	66 886	4 4	5 489	0 7	18 717	53 658	72 375	3 1
Handel	70 033	4 6	157 020	18 7	108 717	118 336	227 053	9 6
Verkehr	55 004	3 6	103 529	12 3	139 529	19 004	158 533	6 7
Geldverkehr Privatversicherung	5 592	0 4	34 509	4 1	24 032	16 069	40 101	1 7
Reinigungswesen	12 331	0 8	1 257	0 1	2 987	10 601	13 588	0 6
Körperpflege	18 510	1 2	255	0 0	3 374	15 391	18 765	0 8
Gesundheitswesen	19 945	1 3	20 226	2 4	8 519	31 652	40 171	1 7
Unterricht, Bildung, Kunst, Unterhaltung	12 002	0 8	24 113	2 9	18 036	18 079	36 115	1 5
Rechtsberatung	4 497	0 3	18 603	2 2	7 482	15 618	23 100	1 0
E. Öffentlicher und häuslicher Dienst	116 044	7 7	263 806	31 5	216 388	163 462	379 850	16 1
Öffentlicher Dienst	50 459	3 3	263 415	31 4	214 455	99 419	313 874	13 3
Haushaltung	32 485	2 1	363	0 0	351	32 517	32 868	1 4
Hauswartung	33 100	2 2	8	0 0	1 582	31 526	33 108	1 4
A—E Alle Wirtschaftszweige zusammen	1,516 071	100 0	838 312	100 0	1,498 687	855 696	2,354 383	100 0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Das Wort „Industrie“ wird hier für den gesamten Wirtschaftszweig einschließlich der Gewerbetriebe verwendet — ¹⁾ Einschließlich pragmatisierter Bediensteter.

Konjunktur- und Strukturanalysen, ist es zweckmäßig, sich jeweils auf die Augustzählungen zu stützen, da die Beschäftigung im Sommer weit weniger von Saisonschwankungen beeinflusst wird.

Die langfristige Entwicklung dieser Beschäftigtenzahlen zeigt unter anderem eine sehr starke Zunahme der Zahl der Angestellten, wogegen die Zahl der Arbeiter verhältnismäßig nur wenig steigt 1961 wurden von Wirtschaft und Verwaltung um 39,9% Angestellte gegen nur 5,3% Arbeiter mehr beschäftigt als 1951. Die Rationalisierung spart Arbeiter, läßt aber die Zahl von Arbeitskräften in der Verwaltung wachsen. Außerdem nimmt die Bedeutung der Dienstleistungsgewerbe („tertiärer Sektor“) zu, deren Arbeitskräfte großteils im Angestelltenverhältnis stehen. Ferner zeigt sich, daß die Beschäftigung von Angestellten weit weniger auf Konjunkturschwankungen reagiert als die der Arbeiter. 1952 und 1953 etwa sank die Zahl der Arbeiter infolge des Konjunkturrückganges verhältnismäßig stark, die der Angestellten hingegen nahm weiterhin zu.

Eine andere Tendenz, die langfristig beobachtet werden kann, ist die starke Beschäftigungszunahme bei den Dienstleistungen. Hier zeigt sich, wie schon erwähnt, die immer größer werdende Bedeutung der „tertiären Produktion“ in der Volkswirtschaft¹⁾. Hingegen setzt die Landwirtschaft langfristig Arbeiter frei. Ihre im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft meist ungünstigeren Einkommens- und Arbeitsverhältnisse führen zu einer ständigen Abwanderung von Arbeitern aus der Landwirtschaft und zu einem Ersatz durch Maschinen und chemische Produktionsmittel.

Auch Lederindustrie und häuslicher Dienst beschäftigen immer weniger Arbeitskräfte. Die Konkurrenzierung durch Gummi und Kunststoffe beeinträchtigt die Nachfrage nach Leder. Häuslichen Dienst treten aus soziologischen Gründen weniger Leute an.

In letzter Zeit verringerte auch der Bergbau seine Belegschaften, insbesondere der Kohlenbergbau wegen seiner seit vier Jahren währenden Absatzkrise. Die Erdölindustrie entläßt ebenfalls Arbeitskräfte, weil die Ergiebigkeit der Erdölfelder sinkt.

Solche Umschichtungsprozesse sind von großer Bedeutung für das langfristige Wachstum des Na-

¹⁾ Wie die Vorauswertung der Volkszählung 1961 zeigt, hat in den Wirtschaftszweigen „Handel und Verkehr“ sowie „Freie Berufe“ seit 1951 nicht nur die Zahl der Unselbständigen (um 22,1%), sondern auch die der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen (um 4,6% und 46,7%) zugenommen.

tionalprodukts. Die Beschäftigungsstruktur muß sich vor allem ändern, um den technischen Fortschritt richtig verwerten zu können bzw. um Änderungen der Konsumgewohnheiten zu berücksichtigen. Die Erhöhung des österreichischen Nationalprodukts im letzten Jahrzehnt ist daher zum Teil die Folge von Änderungen der Beschäftigungsstruktur.

Die langfristigen Entwicklungstendenzen werden aber jeweils von Konjunkturbewegungen überlagert. So hängt etwa die Abwanderung von Männern aus der Landwirtschaft eng mit der Konjunktur in der Bauwirtschaft zusammen²⁾.

Die Beschäftigung im Konjunkturaufschwung 1958/61

Vom Sommer 1958 bis zum Sommer 1961 stieg die Zahl der unselbständig Beschäftigten um 93.600 (4,1%) auf 2.354.400. Ein Teil des Zuwachses stammt aus dem Abbau der Arbeitslosigkeit, ein anderer Teil aus dem Zuzug ehemaliger Selbständiger, mithelfender Familienmitglieder und schließlich bisher nicht erwerbstätiger Personen. Die Frauenbeschäftigung nimmt weit stärker zu als die Männerbeschäftigung. Seit 1958 stehen um 67.700 (8,6%) mehr Frauen, gegen nur 25.900 (1,8%) mehr Männer in unselbständiger Arbeit. Die Reserven an weiblichen Arbeitskräften sind nämlich sowohl unter den mithelfenden Familienmitgliedern der Landwirtschaft, die für eine Umschichtung vor allem in Frage kommen, als auch unter den Arbeitslosen größer als die an männlichen Arbeitskräften. Außerdem dürfte die Erwerbsquote bei den Frauen im Gegensatz zu den Männern noch zunehmen. Im August 1961 waren 1.498.700 Männer und 855.700 Frauen beschäftigt.

Die langfristigen Entwicklungstendenzen der Beschäftigung konnten auch im Konjunkturaufschwung 1958/61 beobachtet werden. So sind aus der Land- und Forstwirtschaft seit 1958 36.100 (21,6%) unselbständige Arbeitskräfte abgewandert und der Bergbau verringerte im gleichen Zeitraum seinen Beschäftigtenstand um 5.500 (12,5%). Die Lederindustrie entließ 400 (4,2%) ihrer Arbeitskräfte und im häuslichen Dienst, der seine Beschäftigung 1957 und 1958 vorübergehend leicht erhöhte, waren um 3.800 (5,5%) Männer und Frauen weniger tätig als vor drei Jahren. Aber auch in anderen Wirtschaftszweigen nahm die Zahl der Arbeiter trotz Konjunkturaufschwung ab, wie etwa in der Bauwirtschaft. Sie verringerte seit 1958 ihren

²⁾ „Zur Abwanderung von Arbeitern aus der Landwirtschaft“, Monatsberichte, Jg 1961, Heft 11, S. 472 ff.

Beschäftigtenstand um 4 800 (2 1%), und zwar insbesondere von 1960 auf 1961 (um 5 300 oder 2 3%). Das ist insofern beachtlich, als die Nachfrage nach Arbeitskräften im Baugewerbe gerade im Jahre 1961 besonders groß war; von allen Berufsklassen hatte es das weitaus größte Stellenangebot. Im August entfielen auf je 100 offene Stellen für Bauarbeiter nur vier voll einsatzfähige Arbeitsuchende. Daraus ersieht man, daß die Neigung im Baugewerbe zu arbeiten nachläßt, wenn sich in anderen Branchen günstigere Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben, wie dies wegen der besonderen Arbeitskräfteknappheit 1961 der Fall war. 1958 dagegen hatte die Baubeschäftigung stark zugenommen, da infolge der damaligen Konjunkturdämpfung die Nachfrage nach Arbeitskräften in anderen Wirtschaftszweigen gering war. Ebenso wie in der Landwirtschaft ist es auch hier die Technisierung, die trotz Rückgang der Beschäftigung das Bauvolumen steigen läßt. Die Beschäftigung in der Textilindustrie stagniert schon seit langem und hat sich im Berichtszeitraum geringfügig um 1 200 (1 4%) verringert, zum Teil weil die internationale Konkurrenz gewachsen ist. Die wirtschaftliche Integration Europas wird vor allem die Betriebe im Osten des Landes einem relativ stärkeren Konkurrenzdruck aussetzen, da ihre technischen Einrichtungen noch nicht soweit verbessert wurden wie in den westösterreichischen Betrieben. Die Holzindustrie hat ihre Belegschaften seit 1958 ebenfalls leicht verringert, wogegen alle übrigen Betriebsklassen, die die Grundzählung ausweist, ihren Beschäftigtenstand erhöhten.

Am stärksten nahm die Beschäftigung in Fortsetzung des langfristigen Trends bei den *Dienstleistungsgewerben* zu, insbesondere im Geldverkehr und Privatversicherungswesen (+6 600 oder 19 6%), im Handel (+30 500 oder 15 5%), bei Körperpflegeberufen (+2 400 oder 14 5%) und im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe (+7 600 oder 11 7%). Den verhältnismäßig geringsten Beschäftigungszuwachs in dieser Gruppe hatte mit 5 9% der Verkehr.

Von den „*Verarbeitenden Gewerben und Industrien*“ vermehrte die Eisen- und Metallindustrie ihre Belegschaften absolut und relativ am stärksten. Der Zuwachs betrug seit 1958 41 700 oder 12 5%. Am 1. August 1961 waren 376 100 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, von allen 25 Betriebsklassen die größte Zahl. Ähnlich expandierte die chemische Industrie im Konjunkturaufschwung 1958/61; sie stellte 6 400 (12 5%) Arbeitskräfte zusätzlich ein. Stein-, Ton- und Glasindustrie, Bekleidungsindustrie, Papierindustrie, Graphische Indu-

strie sowie Nahrungs- und Genussmittelindustrie erhöhten ebenfalls ihre Beschäftigung, jedoch relativ viel schwächer.

Die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke sowie die übrigen *Kraftanlagen* haben noch immer Bedarf an neuen Arbeitskräften und erhöhen daher ihre Belegschaften von Jahr zu Jahr; in den letzten zehn Jahren verringerten sie nur einmal (1957) ihren Beschäftigtenstand. Seit 1958 stellten sie 1 900 (8 1%) Arbeitskräfte zusätzlich ein.

Der *öffentliche Dienst* hat eine Zeitlang, insbesondere zu Beginn der fünfziger Jahre, Leute entlassen; seit 1957 nimmt er ständig Arbeitskräfte auf. In letzter Zeit konnte der Bedarf von Bund, Ländern und Gemeinden teilweise nicht mehr befriedigt

Entwicklungstendenzen der Beschäftigung

Wirtschaftszweig	Veränderung von				% -Anteile an der Gesamtbeschäftigung am 1. August		
	1. Aug. 1951 bis 1. Aug. 1961		1. Aug. 1958 bis 1. Aug. 1961		1951	1958	1961
	absolut	in %	absolut	in %			
A. Urproduktion	- 94 283	-35 7	-41 638	-19 7	12 9	9 3	7 2
Land- u. Forstwirtschaft	- 94 397	-41 9	-36 105	-21 6	11 0	7 4	5 6
Bergbau	+ 114	+ 0 3	- 5 533	-12 5	1 9	2 0	1 6
B. Kraftanlagen	+ 6 896	+38 6	+ 1 851	+ 8 1	0 9	1 0	1 1
C. Verarbeitende Gewerbe und Industrien	+178 804	+18 4	+53 805	+ 4 9	47 6	48 5	48 9
Stein-, Ton- u. Glasindustrie	+ 6 109	+11 3	+ 2 892	+ 5 0	2 7	2 5	2 6
Baugewerbe	+ 9 515	+ 4 5	+ 4 817	- 2 1	10 4	10 0	9 4
Eisen- u. Metallindustrie	+106 287	+39 4	+41 702	+12 5	13 2	14 8	16 0
Holzindustrie	+ 4 721	+ 5 9	- 535	- 0 6	3 9	3 7	3 6
Lederindustrie	- 1 854	-16 4	- 412	- 4 2	0 6	0 4	0 4
Textilindustrie	- 6 720	- 7 0	- 1 234	- 1 4	4 7	4 0	3 8
Bekleidungsindustrie	+ 11 475	+16 8	+ 4 663	+ 6 2	3 3	3 3	3 4
Papierindustrie	+ 3 415	+10 5	+ 1 605	+ 4 7	1 6	1 5	1 5
Graphische Industrie	+ 3 428	+15 2	+ 747	+ 3 0	1 1	1 1	1 1
Chemische Industrie	+ 15 324	+36 1	+ 6 422	+12 5	2 1	2 3	2 5
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	+ 27 104	+32 6	+ 2 772	+ 2 6	4 1	4 8	4 7
D. Dienstleistungen	+208 057	+49 3	+64 886	+11 5	20 7	25 0	26 8
Hotel-, Gast- u. Schankgewerbe	+ 30 273	+71 9	+ 7 599	+11 7	2 1	2 9	3 1
Handel	+ 98 709	+76 9	+30 464	+15 5	6 3	8 7	9 6
Verkehr	+ 13 464	+ 9 3	+ 8 834	+ 5 9	7 1	6 6	6 7
Geldverkehr, Privatversicherung	+ 17 809	+79 9	+ 6 578	+19 6	1 1	1 5	1 7
Reinigungswesen	+ 5 864	+75 9	+ 962	+ 7 6	0 4	0 6	0 6
Körperpflege	+ 8 220	+78 0	+ 2 375	+14 5	0 5	0 7	0 8
Gesundheitswesen	+ 12 508	+45 2	+ 3 320	+ 9 0	1 4	1 6	1 7
Unterricht, Bildung, Kunst	+ 13 141	+57 2	+ 2 676	+ 8 0	1 1	1 5	1 5
Rechtsberatung	+ 8 069	+53 7	+ 2 078	+ 9 9	0 7	0 9	1 0
E. Öffentlicher u. häuslicher Dienst	+ 15 409	+ 4 2	+14 683	+ 4 0	17 9	16 2	16 1
Öffentlicher Dienst	+ 24 720	+ 8 5	+18 493	+ 6 3	14 2	13 1	13 3
Häuslicher Dienst	- 9 311	-12 4	- 3 810	- 5 5	3 7	3 1	2 8
A-E	+123 490	+ 9 0	+25 932	+ 1 8	67 4	65 1	63 7
Frauen	+191 393	+28 8	+67 655	+ 8 6	32 6	34 9	36 3
Zusammen	+314 883	+15 4	+93 587	+ 4 1	100 0	100 0	100 0
Arbeiter	+ 12 092	+ 1 2	-10 658	- 1 1	47 5	43 9	41 7
Frauen	+ 63 565	+13 5	+26 070	+ 5 1	23 1	22 5	22 7
Zusammen	+ 75 657	+ 5 3	+15 412	+ 1 0	70 6	66 4	64 4
Angestellte¹⁾	+111 398	+21 5	+36 590	+ 7 6	19 9	21 3	22 0
Frauen	+127 828	+66 1	+41 585	+14 9	9 5	12 4	13 6
Zusammen	+239 226	+39 9	+78 175	+10 3	29 4	33 6	35 6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Das Wort „Industrie“ wird hier für den gesamten Wirtschaftszweig einschließlich der Gewerbetriebe verwendet. — ¹⁾ Einschließlich pragmatisierter Bediensteter

werden, so daß im Berichtszeitraum die Beschäftigungszunahmen von Jahr zu Jahr geringer wurden.

In einzelnen Betriebsklassen ist der Anteil der Gesamtbeschäftigung seit 1951 stark gewachsen, wie bei manchen Dienstleistungsgewerben, bei der Eisen- und Metallindustrie sowie der chemischen Industrie. In der Landwirtschaft hingegen ist er bedeutend zurückgegangen.

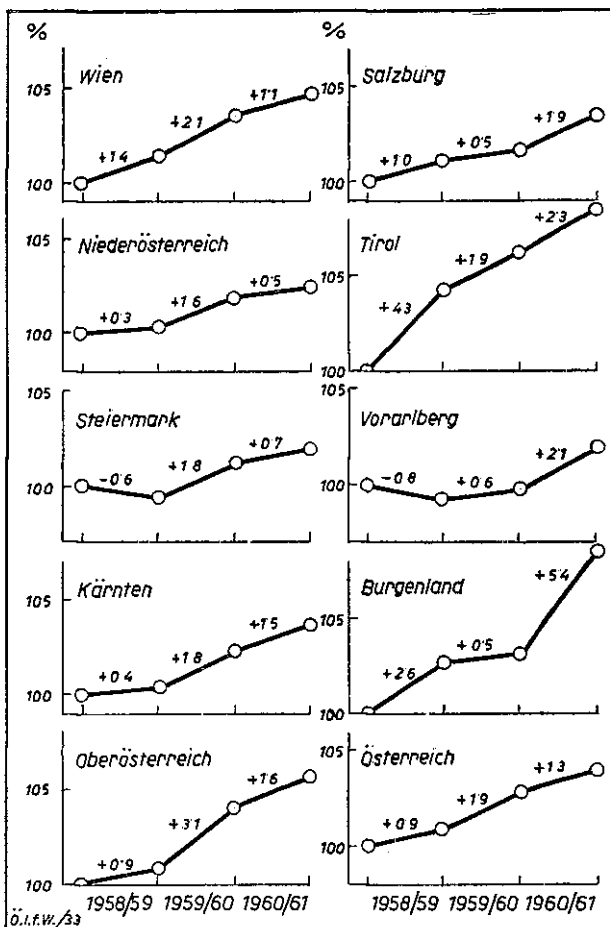
Mit 16 0% hatte die Eisen- und Metallindustrie im August 1961 von allen Betriebsklassen den größten Anteil an der Gesamtbeschäftigung, dann folgen öffentlicher Dienst (13 3%), Handel (9 6%), Baugewerbe (9 4%) und Verkehr (6 7%). Die Land- und Forstwirtschaft beschäftigt nur noch 5 6% aller unselbständig Berufstätigen; 1951 hingegen stand sie mit 11% nach dem öffentlichen Dienst und der Eisen- und Metallindustrie noch an dritter Stelle.

Die regionale Entwicklung der Beschäftigung 1958/61

Eine regionale Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung muß berücksichtigen, daß die einzelnen Bundesländer keine einheitlichen Wirtschaftsgebiete sind. Da die Beschäftigungsstatistik nur nach Bundesländern gegliedert ist, stellen sie das einzige regionale Kriterium dar.

Die Beschäftigungszunahme im Konjunkturaufschwung hängt im wesentlichen von zwei Komponenten ab: Von der Wirtschaftsstruktur der betreffenden Gebiete und von den dort vorhandenen Arbeitskraftreserven. So konnte etwa in *Wien* trotz großer Nachfrage nach Arbeitskräften und weitgehendem Abbau der Arbeitslosigkeit die Beschäftigung im Berichtszeitraum nur wenig mehr als durchschnittlich erhöht werden (4 7%). Zudem besteht ein Teil des Zuwachses aus Pendelarbeitern, die in *Niederösterreich* und *Burgenland* wohnen und ihre Arbeitsplätze in *Wien* haben. Das erklärt zum Teil, warum die Beschäftigung in *Niederösterreich* nur noch wenig zunahm (2 3%), obwohl hier die Reserven größer waren. Ein weiterer Grund dafür ist die ungünstige Wirtschaftsstruktur im nördlichen Teil des Landes, wo die Beschäftigung in den letzten Jahren gebietsweise sogar, wie Sonderuntersuchungen ergaben, zurückgegangen ist. *Vorarlberg*, das seine Arbeitskraftreserven voll ausgeschöpft hat und außerdem viele Arbeiter an die Schweiz abgibt, hat trotz starker Nachfrage den geringsten Beschäftigungszuwachs (1 8%). In der *Steiermark* beträgt er 1 9%. Dort stehen in vielen Gebieten noch genügend Arbeitskräfte zur Verfügung, doch ermöglichte die Wirtschaftsstruktur im Konjunkturaufschwung keine starke Expansion. In den Entwicklungsgebiete-

Jährliche Veränderungsrate der Beschäftigung in den Bundesländern



Die Zahl der Beschäftigten hat in Österreich seit 1958 in allen Bundesländern von Jahr zu Jahr zugenommen, nur in der *Steiermark* und in *Vorarlberg* nahm die Beschäftigung von 1958 bis 1959 ab, da in der *Steiermark* der Konjunkturaufschwung erst etwas später einsetzte und in *Vorarlberg* die Textilindustrie vorübergehend Arbeitskräfte entließ.

ten der *Steiermark* gab es auch keine nennenswerten Industrie Gründungen. *Salzburg* (+3 4%), *Kärnten* (+3 8%) und *Oberösterreich* (+5 7%) entwickelten sich in den meisten Betriebsklassen dem Bundesdurchschnitt entsprechend, wogegen *Tirol* (+8 7%) in fast allen Zweigen eine überdurchschnittliche Beschäftigungsausweitung hatte, obwohl die Arbeitskraftreserven bereits gering waren. Im *Burgenland* führten die Betriebsgründungen zu einer starken Erhöhung der Zahl unselbständiger Arbeitskräfte (+8 7%). Die neuen Arbeiter wurden insbesondere in der Eisen- und Metallindustrie, der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrie beschäftigt. Ein großer Teil der neuen Arbeitskräfte sind Frauen. Die Reserven sind jedoch vor allem im südlichen Teil des Landes bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Wende im Schweinezyklus

Die Vollerhebung vom 3. März ergab einen *Schweinebestand* von 270 Mill. Stück. Sie bestätigte die wegen der mäßigen Hackfruchternten und rückläufigen Ferkelpreise erwartete Tendenzumkehr. Im September 1961 war der Schweinebestand um 3% größer, im Dezember gleich groß und im März 1962 um 2% kleiner als im Vorjahr. Die Bestände an trächtigen Tieren, Ferkeln und Jungschweinen, die im Dezember noch um je 1% über dem Vorjahrsstand lagen, waren im März um 5%, 3% und 0,4% niedriger¹⁾. Der saisonbereinigte *Index der Sauenzulassungen* hatte im Dezember mit 119 (Dezember 1954=100) seinen Höchststand erreicht; er sank bis März auf 110. Die Züchter haben im I. Quartal weniger Sauen belegen lassen, weil die Futtermittel knapp wurden und der Ferkelpreis gegen das Vorjahr um 9% zurückgegangen ist.

Trächtige Sauen

	März	Juni	1961		1962 März
			September	Dezember	
			1.000 St		
Tatsächlicher Bestand	163 6	158 1	140 6	159 6	155 6
Saisonbereinigte Werte ¹⁾	154 7	152 6	155 9	158 9	147 1
Index (Dezember 1954 = 100)	116	114	117	119	110

¹⁾ Saisonindex Durchschnitt 1954/61

Wenn der Rückgang an trächtigen Tieren anhält und nicht durch günstige Aufzuchtergebnisse teilweise oder ganz wettgemacht wird, werden sich die Ferkelbestände weiter verringern. Der Gesamtbestand an Schweinen, der von März bis Juni saisongemäß um 3% wächst, würde dann um rund 2% auf etwa 2'65 Mill. sinken und um 4% niedriger sein als im Vorjahr. Die regionale Bestandsentwicklung läßt allerdings vermuten, daß der Abschwung etwas geringer ausfallen wird: In Oberösterreich z. B., wo ein Drittel aller Zuchttiere gehalten wird, waren im März ebensoviele Sauen trächtig wie im Vorjahr.

Aus Schlachtung und Bestandsänderung kann der Umfang der *Ferkelaufzucht* ermittelt werden. Der Zugang an Ferkeln war im Zeitraum Dezember 1961 bis Februar 1962 mit insgesamt 758 000 Stück bzw. 4,8 Stück je trächtige Sau geringfügig kleiner als ein Jahr vorher. Wird der Schweinebestand wie

bisher durch bessere Fütterung und kürzere Mast rascher umgetrieben, können trotz gleich hoher oder leicht sinkender Ferkelnachzucht mehr Schlachtschweine produziert werden.

Ferkelaufzucht

Zeit	1960		1961		1962	
	insgesamt 1.000 St	je trächtige Sau St	insgesamt 1.000 St	je trächtige Sau St	insgesamt 1.000 St	je trächtige Sau St
Dezember/Februar ¹⁾	723 5	4 7	790 4	5 0	757 8	4 8
März/Mai	766 6	5 0	776 0	4 7		
Juni/August	857 4	5 5	955 2	6 0		
September/November	593 6	4 3	539 6	3 8		

¹⁾ Dezember jeweils vom Vorjahr

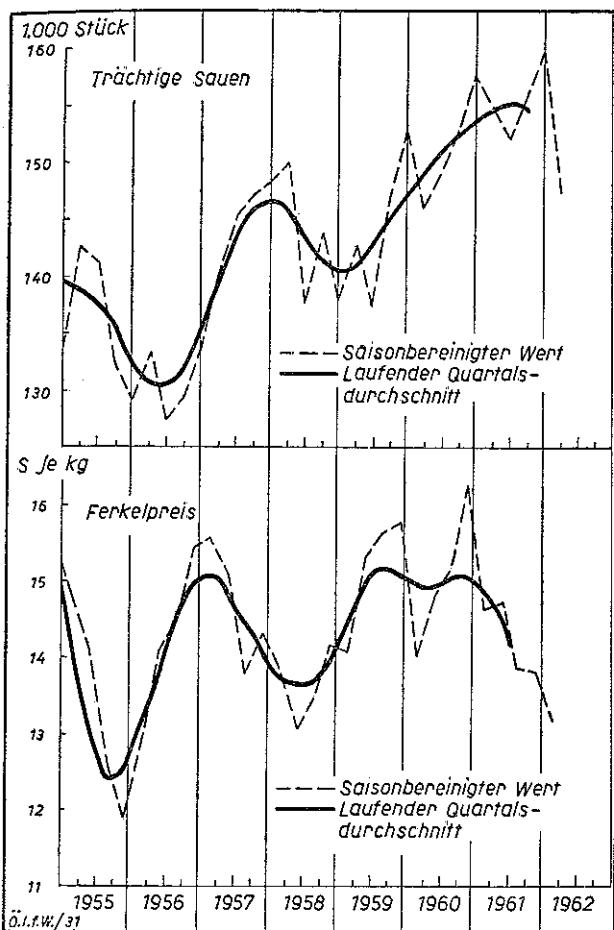
Von Dezember 1961 bis Februar 1962 setzte die Landwirtschaft 557.000 Schlachtschweine ab, 43.000 oder 8% mehr als in der gleichen Zeitspanne 1960/61. Die *Schlachtungen* (einschließlich Ausfuhr) ergaben um 3.800 t oder 9% mehr Fleisch als im Vorjahr, weil das durchschnittliche Lebendgewicht höher war. Die Vorausschätzung des Institutes (550.000 bis 570.000 Stück) wurde somit bestätigt.

Im Jänner und Februar wurden 9.728 Schweine exportiert, davon 6.578 Schweine in die ČSSR und 3.150 Ferkel nach Jugoslawien. Etwa die gleichen Mengen wurden im März ausgeführt, davon rund 1.500 leichte Fleischschweine in die Schweiz. Der Export überschüssiger Schlachtschweine ist deswegen schwierig, weil das Ausland hohe Qualitätsansprüche stellt und Österreich noch relativ viele fette Schweine erzeugt. Die Marktbehörden waren genötigt, größere Mengen Schweinefleisch für den heimischen Verbrauch im Sommer einzufrieren. Die Kapazität der Kühlhäuser, die für 25.000 Schweine reicht, war im April fast ausgelastet.

Von März bis Mai und von Juni bis August werden die Schlachtungen voraussichtlich etwa 630.000 und 585.000 Stück betragen und geringfügig niedriger sein, als nach der Zählung im Dezember angenommen wurde. Das Angebot wird damit aber noch immer um 42.000 und 35.000 Stück (um 7% und 6%) höher sein als 1961. Später — von September bis November und von Dezember bis Februar 1963 — wird sich das Mehrangebot wahrscheinlich auf 3% und knapp 1% verringern. Wird die Zulassung von Sauen nicht wieder verstärkt und der im März erreichte niedrigere Stand gehalten und werden

¹⁾ Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes

Trächtige Sauen und Ferkelpreis
(Normaler Maßstab; 1 000 St bzw. S je kg)

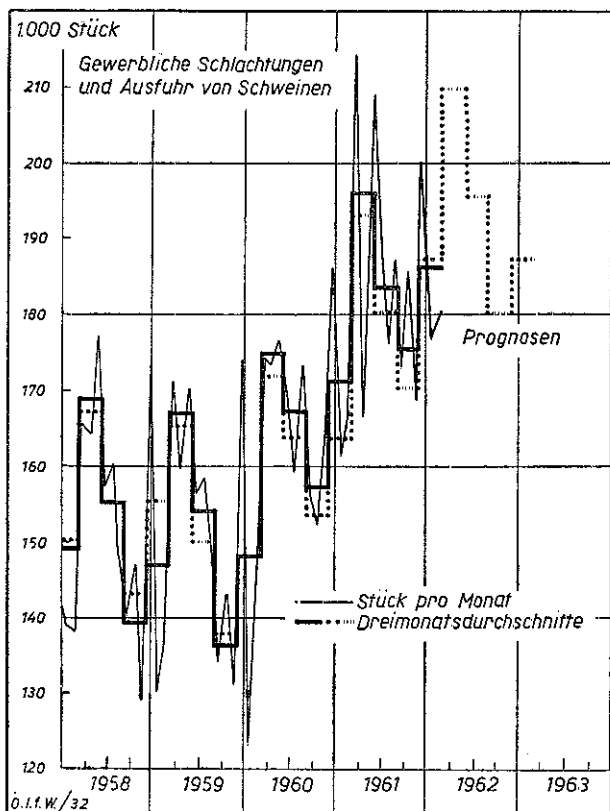


Die Nachfrage nach Einstellferkeln ist seit Herbst 1961 infolge der schlechteren Futterversorgung anhaltend flau und der Ferkelpreis rückläufig. Die Züchter ließen im Winter daher weniger Sauen belegen als im Vorjahr. Fällt das Aufzuchtergebnis im Frühjahr ungünstig aus, dann werden im Winter und Frühjahr 1962/63 weniger Schlachtschweine angeboten werden als 1961/62.

1960 gab es im Gegensatz zu 1961 sehr gute Kartoffel- und Rübenenernten, welche die anfangs sinkenden Ferkelpreise stützten. Auch der Überschuss an Zuckerrüben mußte teilweise an Schweine verfüttert werden. Da die Landwirte vorübergehend mehr Sauen belegen ließen als ein Jahr vorher, verzögerte sich der erwartete Abschwung der Schweineproduktion. Während die Schweineproduktion bisher im allgemeinen einem zweieinhalbjährigen Rhythmus unterworfen war, liegen zwischen dem vorletzten und dem letzten Höhepunkt der Sauenzulassungen — März 1958 und Dezember 1961 — dreidreiviertel Jahre.

in der Ferkelaufzucht keine Produktivitätsgewinne erzielt, dann wird der Umfang der gewerblichen Schlachtungen ab März 1963 unter das Niveau von 1962 sinken. Diese Termine können sich durch eine knappe oder reichliche Futterversorgung und damit zusammenhängend durch verkürzte oder verlängerte

Schweineschlachtungen
(Normaler Maßstab; 1.000 St)



In der Schlachtschweineproduktion sind 1962 abnehmende Zuwachsraten zu erwarten. Von September bis November 1961 und von Dezember bis Februar 1962 sind um 12% und 8% mehr Schweine auf den Markt gekommen als im Jahr vorher. In den Zeitabschnitten März bis Mai und Juni bis August werden die Zuwachsraten voraussichtlich auf 7% und 6% und in den Abschnitten September bis November und Dezember bis Februar 1963 3% und knapp 1% sinken.

Mastzeiten geringfügig verschoben. Ebenso werden die Aufzuchtergebnisse in der Periode März bis Mai 1962 und die Zahl der Hausschlachtungen eine Rolle spielen.

Schweineschlachtungen¹⁾

Jahr	Dezember bis Februar ²⁾	März bis Mai	Juni bis August	September bis November
Schlachtungen insgesamt				
1960	965	683	593	556
1961	1.029	779	651	597
1962	1.054	810—830	675—695	600—620
1963	1.050—1.070			
Gewerbliche Schlachtungen				
1960	444	523	501	471
1961	514	588	550	526
1962	557	620—640	575—595	530—550
1963	550—570			

¹⁾ Einschließlich Ausfuhr; Prognosen des Institutes (*kursiv gedruckt*) fußen auf den Ergebnissen der Schweinezählung vom März 1962, wobei angenommen wurde, daß sich Sauenzulassungen, Aufzuchtergebnisse und Hausschlachtungen in nächster Zeit nicht stärker verändern. — ²⁾ Dezember jeweils vom Vorjahr.

Seit die Märkte für Schlachtschweine und Futtergetreide in Österreich durch behördlich festgesetzte Richtpreise sowie durch Vorratshaltung und Regulierung der Ein- und Ausfuhr stabilisiert werden, sind die ökonomischen Gründe für die in gleichen Abständen wiederkehrenden Produktionszyklen teilweise fortgefallen. Nun entscheidet in erster Linie die Höhe der eigenen Futtergetreide- und Hackfruchternte und im Zusammenhang damit der höhere oder tiefere Ferkelpreis darüber, ob die Nachzucht vermehrt oder eingeschränkt wird. Die Futtermittel für Schweine haben nur einen begrenz-

ten Markt und müssen überwiegend im eigenen Betrieb verwertet werden. Ist die Futterdecke reichlich, steigt die Nachfrage nach Einstellferkeln und die Ferkelpreise ziehen an, ist die Futterdecke knapp, gehen die Ferkelpreise zurück. Da die Ernten in den letzten Jahren verhältnismäßig wenig schwankten und der Erzeugerpreis für Lebenschweine praktisch gleich blieb, haben sich die Zyklen der Schweineproduktion stark gemildert. Außerdem haben richtige Prognosen und Statistiken dazu beigetragen, den Zyklus abzuflachen.
